

# **Neuer Demokratischer Aufbruch**

**Augenhöhe. Nähe. Lösungsorientierung. Haltung.**

Konzept für eine andere politische Kultur in Brandenburg  
und eine entsprechende Neu-Positionierung der LINKEN

# Neuer Demokratischer Aufbruch

## Ausgangssituation

In Umfragen zur Bundestagswahl steht die AfD in Ostdeutschland derzeit bei rund 30 Prozent, in entsprechenden Erhebungen zur Landtagswahl in Brandenburg bei 28 Prozent. Im thüringischen Kreis Sonneberg stellt sie nun erstmals einen Landrat, in der Gemeinde Raguhn-Jeßnitz erstmals einen hauptamtlichen Bürgermeister. Die Zufriedenheit mit der Politik von Bundes- und Landesregierung ist derweil an einem historischen Tiefpunkt angelangt.

Im jüngsten Tracking der Langzeitstudie GLES waren in den ostdeutschen Flächenländern nur noch rund 20 Prozent der Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. In den letzten Wochen erschien gleich eine ganze Reihe von Studien<sup>1</sup>, die jeweils ein rasches Umsichgreifen rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung, insbesondere in Ostdeutschland, nachweisen. Die AfD erfüllt dabei eine Scharnierfunktion zwischen rechts-populistisch ideologierter Bevölkerung und organisierter rechter Szene im Parlament und auf den Straßen.

Die bisherigen Antworten der Parteien sowie ihr Umgang mit dem Problem der erstarkenden AfD haben sich als wenig erfolgreich erwiesen. In mehreren Bundesländern, so auch in Brandenburg, versuchen Unionspolitiker deshalb die Kehrtwende und öffnen sich für eine Zusammenarbeit der AfD „in Sachfragen“, was zweifelsohne als erster Schritt in Richtung einer politischen Zusammenarbeit (Koalition oder Tolerierung/Magdeburger Modell) gewertet werden muss.

Die gesamte Entwicklung ist höchst gefährlich für den Fortbestand unseres demokratisch organisierten Gemeinwesens. Was aber tun? Wir haben im Land nachgefragt und unsere Ergebnisse zeigen: Einfache Maßnahmen werden nicht helfen, es braucht eine neue politische Kultur – kooperativ, lösungsorientiert, auf Augenhöhe, mit Nähe und klarer Haltung. Wir nennen das: **„Neuer Demokratischer Aufbruch“**.

## Die politische Stimmung in Brandenburg.

### Erkenntnisse aus den Studien von Landesverband und Landtagsfraktion der LINKEN

Die Zufriedenheit der Brandenburger\*innen mit ihrem Leben ist nahezu über alle Lebensbereiche und alle Bevölkerungsgruppen hinweg rückläufig. Auffällig sind dabei die erheblichen Disparitäten zwischen berlinnahen und berlinfernen Regionen sowie zwischen den Alterskohorten. Unzufriedenheit und negative Emotionen sind in ländlichen Regionen sowie bei den Befragten jüngeren und mittleren Alters besonders ausgeprägt.

Insgesamt überwiegen in der Bevölkerung Frustration und Enttäuschung. Man wendet sich zunehmend vom politischen Gesehen ab, und wer dies schon getan hat, erlebt es als Befreiung. Es besteht eine starke Überzeugung, man werde zwar nicht belogen, aber relevante Informationen würden den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten. Der Medienlandschaft wird misstraut. Im Ergebnis glauben viele und auch Bessergebildete nur noch das, was sie selbst erleben oder ihnen vertrauenswürdige Personen berichten. Genau dort können undemokratische Kräfte leicht in Kontakt kommen und Bindungen aufbauen. Innerhalb der negativen Grundstimmung ist eine starke Dynamik und Energie spürbar. Damit korrespondierend gibt es eine starke Wechselstimmung und eine hohe Unzufriedenheit mit Regierungshandeln.

Die Landespolitik als Ganzes befindet sich zunehmend in einer Wahrnehmungskrise. Sie wirkt weit weg vom täglichen Leben und den Problemen der Menschen, sie hat für deren Alltag im Grunde keinerlei Relevanz mehr. Dies führt zu einer Abwendung. Die Parteien werden kaum noch mit politischen Inhalten verknüpft. Einzelne politische Akteure sind wenig bekannt. Der politische Streit der Parteien, das gesamte „Parlamentstheater“ (Wording eines Befragten), wird als lästig und wenig zielführend mit Blick auf die Lösung von alltäglichen Problemen empfunden. Stattdessen wird eine Zusammenarbeit aller Akteur\*innen zum Wohle der Bevölkerung, kooperativ und über Parteigrenzen hinweg, gewünscht. Doch stattdessen erleben die Befragten das Gegenteil, fühlen sich übergangen. Ganz allgemein löst die Mixtur verschiedener Krisen von Corona-Pandemie bis Ukraine-Krieg bei vielen Menschen eine starke Verunsicherung und ein Überforderungsgefühl aus. Befragte berichten von dem Gefühl, dass „alle an einem zerran“. Die AfD ist erfolgreich, weil sie den Menschen eine spezifische Form der Rückversicherung vorgaukelt, indem sie ihnen spiegelt: „Ihr müsst euch nicht verändern. Ihr könnt weiter Fleisch essen, mit Öl heizen, zum Fasching als ‚Indianer‘ kommen.“ Besonders erfolgreich ist das in der Kohorte der 35- bis 49-Jährigen, in der die AfD ihr Potential auf 54 Prozent ausweiten konnte. Für demokratische Parteien ist diese Altersgruppe indes kaum noch erreichbar. Brandenburger\*innen aus dieser Kohorte haben größtenteils die Nachwendewirungen als Jugendliche oder junge Erwachsene miterlebt. Neuen Veränderungen stehen sie aus dieser Erfahrung heraus entschieden bis aggressiv ablehnend gegenüber.

<sup>1</sup> Siehe z.B.: „Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie“ der Universität Leipzig, „Thüringer Zustände: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen“ des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft der Universität Jena

# Neuer Demokratischer Aufbruch

Bei der Themenagenda zeigt sich derweil eine komplexe Problemlage. Als besonders drängend wird die Lösung von Problemen in den Bereichen Lebenshaltungskosten, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung, Löhnen und ÖPNV empfunden. In genau diesen Bereichen wird die politische Arbeit schon lange als mangelhaft erlebt. Erwartet werden hier kreative Lösungsansätze sowie die zügige Beseitigung der wahrgenommenen Defizite, allerdings verspricht man sich hier wenig Verbesserungen.

Als Paradebeispiel für bürgerferne ungerechte Politik gilt vielen der Umgang mit Tesla. Hier zeigt sich für die Befragten: Schnelle Entscheidungen sind möglich, wenn die Politik es möchte, allerdings zulasten der Bevölkerung, insb. was den Ausverkauf natürlicher Ressourcen anbelangt. Die Wasserfrage hat eine hohe emotionale Relevanz. Dialog auf Augenhöhe findet in der Wahrnehmung der Befragten nicht statt. Mehrwert entstünde vor allem durch Zuhören, Verstehen und die ergebnisoffene Diskussion von Lösungsansätzen. In diesem Zusammenhang gibt es ein starkes Bedürfnis nach mehr Nähe und mehr Einbindung in politische Entscheidungen. Insgesamt zeigt sich: Es geht vor allem um eine andere politische Kultur: bürgernah, verständnisvoll, anerkennend, kooperativ, konsensorientiert, mitbestimmt – kurz: gemeinsam zum Wohle der Bevölkerung.

## Die vier Säulen des Neuen Demokratischen Aufbruchs

### 1. Wiederherstellung von **Augenhöhe**

- **Anerkennung von Lebensrealitäten:** Es geht darum, die Alltagsprobleme und damit die Alltagserfahrung von Bürger\*innen zunächst einmal als solche anzuerkennen und ernst zu nehmen. Die Landesregierung tut genau das Gegenteil, wie zum Beispiel Ministerpräsident Woidke im Beitrag des rbb vom 10. Juli 2023 zeigt. Darin wehrt er sich dagegen, dass das Land „schlecht geredet“ werde und spricht auf diese Weise den Bürger\*innen die Probleme ab, mit denen sie in ihrem Alltag konfrontiert sind. Eine solche Taktik des Weg- oder Kleinredens von Problemen erleben wir seit Jahren. Die Kommunikation der Landesregierung widerspricht so massiv der Alltagserfahrung der Menschen. Als Folge daraus wird die Landespolitik als Ganzes als abgehoben und arrogant, als „weit weg“ empfunden. Dies fördert eine Entfremdung, schlimmstenfalls gar Abwendung von der politischen Sphäre. Es braucht dringend mehr politische Empathie mit der oft nicht ganz leichten Lebenssituation vieler Menschen im Land. Wir wollen, dass Probleme endlich offen angesprochen werden und dann gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Frei nach Egon Bahr: Den Status quo anerkennen, um ihn überhaupt überwinden zu können.
- **Bürger\*innen als Expert\*innen verstehen:** Die Menschen im Land wollen bei der Lösungsfindung für die Probleme ihres Alltags miteinbezogen werden. Wir brauchen eine Kultur, die die Menschen dabei als Expert\*innen für ihr eigenes Leben versteht. Niemand weiß so gut, woran es fehlt oder was helfen würde, wie Betroffene. Wer dieses Verständnis mitbringt, kommuniziert automatisch auf Augenhöhe. Dabei geht es um das Aufnehmen von Lebenswirklichkeit in politische Verfahren.
- **Beteiligungsformate für die sozialen Fragen des Alltagslebens:** Die Menschen haben das Gefühl, dass bei den wichtigen Fragen von Wohnraum bis Lehrkräftemangel in der Politik Ratlosigkeit und anhaltende Untätigkeit vorherrschen. Dabei sind genau das die Bereiche des Alltags, in denen die Menschen die Probleme selbst erfahren und schon heute im Kleinen miteinander Lösungsvorschläge diskutieren. Nutzen wir diese und schaffen wir Beteiligungsformate für die sozialen Fragen des Alltags.
- **Beteiligungssimulation ist schädlich:** Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, wann ihre Meinung tatsächlich zählt und wann eine Entscheidung ohnehin längst gefällt ist. Gerade wenn es um Veränderungen im Prozess der ökologischen Transformation geht, müssen die Menschen besser mitgenommen werden. Es geht darum, konkrete Vorschläge mit den Menschen zu diskutieren und transparent zu machen, was mit ihren Bewertungen, Vorschlägen, Meinungen passiert und wie sie in den Prozess einfließen. Zuhören allein reicht nicht. Aus den Impulsen muss etwas erwachsen. Es geht bei Beteiligung auch um die Erfahrung von Selbstwirksamkeit – anders ausgedrückt: das Erfahren von Demokratie.
- **Augenhöhe einfordern und herstellen:** Wir werden die Herstellung von Augenhöhe von der Landesregierung einfordern. Wir sagen aber auch: Wo sie das nicht tut, tun wir das einfach selbst. Wir suchen den Kontakt zu den Betroffenen von politischen Entscheidungen. Als LINKE wollen wir uns in unserer politischen Arbeit zu 100% auf die Probleme des Alltags konzentrieren und im Austausch mit den Betroffenen Lösungen dafür entwickeln.

# Neuer Demokratischer Aufbruch

## 2. Wiederherstellung von **Nähe**

- **Formate zur Herstellung von Nähe:** In der Bevölkerung gibt es ein großes Bedürfnis, mit der Politik in Austausch zu treten, allerdings fehlt es an sichtbaren Kontaktpunkten. Es herrscht das Gefühl vor, dass sich alle Parteien – mit Ausnahme der AfD – aus der Fläche des Landes zurückgezogen haben. Als Linksfraktion werden wir künftig alle möglichen Ressourcen in Formate zur Herstellung von Nähe investieren und unsere Öffentlichkeitsarbeit entsprechend neu ausrichten. Mit unserer Kneipentour sind wir bereits erste Schritte in diese Richtung gegangen. Das soll nun maximal ausgebaut werden. Ziel ist es, in jeder Woche mehrere Vor-Ort-Veranstaltungen der Fraktion zu realisieren. Die bisherigen Formate sollen stärker an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst werden, konkret: keine Vorträge und kein „wir hören zu“, sondern konkrete Vorschläge machen und diskutieren; siehe Bürger\*innen als Experten. Dieses Format nennen wir Bürgertalks.
- **Ehrliche Hilfe, direkte Ansprechbarkeit, einfach mal zusammenkommen:** Als Fraktion wollen wir mit barrierearmen Angeboten zur direkten Hilfe zeigen, dass wir da sind. Konkret soll es in allen Regionen regelmäßige, kostenlose Suppenküchen und Nachbarschaftstreffs geben, bei denen Menschen einfach mal zusammenkommen und den Politiker\*innen aus ihrem Leben berichten können.
- **Fokussierung auf Wahlkreisarbeit:** In diesem Zuge wollen wir die Fraktionsarbeit neu priorisieren. Die Abgeordneten sollen sich stärker als bisher auf die Wahlkreisarbeit stürzen und ebenfalls möglichst wöchentlich Veranstaltungen vor Ort machen. Es geht um eine stärkere Sichtbarkeit der Landespolitik vor Ort.
- **Verbindlichkeit durch Verträge mit Bürger\*innen:** Wir schließen ab jetzt Verträge mit Bürger\*innen, in denen wir uns schriftlich verpflichten, das Problem, das sie uns schildern, in den Landtag zu tragen und sie auf dem Laufenden zu halten, was damit passiert.
- **Sozialfonds:** Alle Linksfraktionen spenden die Gelder aus Diätenerhöhungen in einen Sozialfonds, mit dem Menschen unbürokratisch geholfen wird.. Dieses Engagement wollen wir ausbauen und stärker in den Vordergrund rücken um zu zeigen: Politik kann auch anders.
- **Auch von der Landesregierung fordern wir mehr Nähe und Bürgerkontakt ein.** Wollen wir den Menschen beweisen, dass wir da sind, müssen wir auch da sein – und zwar alle. Wir werden über die entsprechenden Gremien mehr Mittel zur Öffentlichkeitsarbeit des Landtags und der anderen Institutionen des Landes einfordern.

## 3. Problemlösung durch **Kooperation**

- **Schluss mit dem „Theater“:** Die Menschen verstehen nicht, warum Politiker\*innen Anträge ablehnen, nur weil sie von einer anderen Partei kommen, obwohl sie doch in der Sache eigentlich dafür sind. Das „aus Prinzip dagegen“ schreckt ab. Wir wollen hier mit gutem Beispiel vorangehen und Anträge der Landesregierung und der Freien Wähler unterstützen, wenn sie zur Lösung eines Problems beitragen.
- **Lösungsfindung in den Mittelpunkt der Kommunikation:** Wir verstehen uns als oppositionelles Gegenmodell der AfD. Uns geht es um die Lösung von Problemen im Sinne der Menschen im Land. Damit wollen wir das große Bedürfnis nach Konstruktivität und Kooperation mit den Betroffenen selbst adressieren. Dafür richten wir unsere Kommunikation neu aus.
- **Eine andere Fehlerkultur:** Die Menschen im Land haben das Gefühl, die Politik hält zu lange an offenkundig falschen Entscheidungen fest, um der Opposition „keinen Sieg zu gönnen“. Dabei würden die Menschen es gerade honorieren, wenn Politiker\*innen Fehler eingestehen und Vorschläge anderer goutieren. Hier wollen wir voran gehen.
- **Anknüpfen an Brandenburger Weg und Runde Tische:** Das Bedürfnis nach Konsensorientierung, Kooperation und direkter Miteinbeziehung von Betroffenen in die Lösungsfindung ist in Brandenburg womöglich auch deshalb besonders ausgeprägt, weil dieser politische Umgang historisch erlernt ist – siehe Brandenburger Weg und Runde Tische. Wir wollen an diese positive Erfahrung der Wertschätzung von Meinungspluralismus anknüpfen.

# Neuer Demokratischer Aufbruch

- **Anderer Umgang mit Volksgesetzgebung:** Wir nehmen die Anliegen von Volksinitiativen als Handlungsaufforderung an die Politik ernst. Sollten sie auf Jahre auf die lange Bank geschoben werden, wie das in der Vergangenheit der Fall war, unterstützen wir sie darin mehr öffentliche Sichtbarkeit für das Anliegen zu schaffen. Gemeinsam erhöhen wir den Handlungsdruck auf die Landesregierung.
- **Wir warten nicht mehr:** Wir haben die Landesregierung in der Vergangenheit oft aufgefordert, Runde Tische oder Gipfelformate mit Betroffenen und Interessensgruppen abzuhalten, so z.B. einen Corona-Expert\*innen-Rat oder ein Austauschformat mit kommunalen Energieversorgern. Oft kam die Landesregierung dem nicht oder erst spät und dann zu meist ohne konkrete Ergebnisse und Verabredungen nach. Wir sagen: Wenn die Landesregierung es nicht macht, dann machen wir es. Wir vernetzen die Akteur\*innen, beziehen sie ein und machen gemeinsam Druck. Wir machen einfach.

## 4. **Rote Linie** gegenüber Demokratiefeinden

- **Keine Zusammenarbeit mit der AfD:** Die jüngsten Äußerungen des CDU-Landesvorsitzenden Redmann sind als Schritt der Öffnung der CDU in Richtung der AfD zu verstehen. Wir sagen: Wer die AfD in den Kreis der demokratischen Parteien einlädt, normalisiert sie. Und wer Rechtsextreme normalisiert, stärkt sie. Weil so die gesellschaftliche Akzeptanz rechtsextremer Akteur\*innen und Meinungen erhöht wird, Tabus fallen und rechtsextremes Gedankengut den öffentlichen Diskurs und die Gesellschaft einfacher vergiften kann. Die Agenda der AfD zielt im Kern darauf ab, unsere Demokratie abzuschaffen. Sie zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sie ist eine Gefahr für alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Es ist und bleibt daher die unbedingte Pflicht aller Demokrat\*innen, diese Absichten klar und deutlich zu benennen und sich mit aller Entschlossenheit gegen das Programm der AfD zu stellen.
- **Haltung statt Einknicken:** In den vergangenen Wochen wurden zahlreiche Forderungen der AfD durch Bundes- und Landesregierung übernommen – von Grenzschießungen bis zu einer Verschärfung des Asylrechts. Wir wissen aus der empirischen Wahlforschung, dass Wähler\*innen in solchen Fällen immer das Original wählen, weil sie durchaus erkennen, auf wessen Druck hin die Maßnahmen ergriffen wurden. Deshalb braucht es eine klare Haltung und kein Einknicken vor den Forderungen der Rechten.
- **Sachfragen als Sachfragen bearbeiten:** Warum profitiert vor allem die AfD und nicht die CDU von der Kritik am Heizungsgesetz? Weil die Union nicht ökonomisch, sondern kulturell argumentiert, eine Sachfrage zur ideologischen Frage umgedeutet hat. Aus der Forschung wissen wir, dass wer die Themen über die kulturelle und nicht die ökonomische Achse bearbeitet, rechtsextremen Parteien in die Hände spielt, weil damit deren Kulturkampf-Erzählung gestärkt wird. Sachfragen sind deshalb unbedingt als Sachfragen zu bearbeiten.
- **Zivilcourage den Rücken stärken:** Derzeit erleben wir, wie sich eine rechte Diskurshegemonie ausbreitet. Während Rechte – bestärkt durch Normalisierung und die Übernahme ihrer Forderungen – immer lauter und selbstbewusster ihre Meinung vertreten, ziehen sich die anderen zunehmend zurück. Es braucht eine Haltungs-Offensive in Brandenburg. Die Bündnisse für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Toleranz werden bei Weitem lange nicht ausreichend gefördert. Wir wollen der Zivilgesellschaft den Rücken stärken und verstehen unsere Fraktion als Plattform für Vernetzung und Austausch von Initiativen. Diese Arbeit wollen wir ausbauen. Mit unserem Fraktionsverein unterstützen wir die Strukturen in der Fläche.
- **Courage und Gegenrede stärken:** Wir regen an, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Bildungsarbeit stärker auf den Kampf gegen rechts in der Fläche ausrichtet. Hier geht es uns vor allem um Schulungen, die den Bürger\*innen Fakten und argumentatives Rüstzeug an die Hand geben, um in Vereinsheimen und an Stammtischen gegen die rechten Parolen bestehen zu können. Es geht darum, Menschen den Mut zu geben, Zivilcourage zu zeigen.

# Neuer Demokratischer Aufbruch

## Zusammengefasst bedeutet das für eine Neuausrichtung der LINKEN:

- Wir sehen uns als Sprachrohr für die Alltagserfahrung der Bürger\*innen, richten unsere Politik komplett auf die Lösung von Alltagsproblemen aus.
- Wir kommunizieren konstruktiv und stellen die Lösungsvorschläge in den Mittelpunkt.
- Wir arbeiten konsensorientiert, suchen die Einbeziehung von Betroffenen sowie organisierten Interessensvertretungen zur raschen Lösung von Problemen; wo dies nicht passiert, sorgen wir selbst für deren Einbeziehung.
- Laut und unnachgiebig werden wir dort, wo die Landesregierung Bürger\*innen ihre Alltagserfahrung abspricht, die Bevölkerung übergangen oder überrumpelt wird.
- Wir wenden uns gegen die Übernahme von Forderungen der AfD sowie alle Versuche der Zusammenarbeit, weil all das zur Normalisierung und damit Stärkung der Partei sowie zur Verbreitung rechtsextremer Ideologien beiträgt.

**Mit dem Fokus auf Konstruktivität und Lösungsorientierung sind wir damit das **oppositionelle Gegenmodell zur AfD**. Mit der Absage an jegliche Zusammenarbeit und Normalisierung der AfD ist unser Ansatz damit der **Gegenwurf zur Strategie der CDU**.**

## Für die Positionierung der LINKEN im Wahlkampf leiten wir daraus ab:

- Inhaltlich fokussieren wir uns auf die als besonders drängend empfundenen alltagsrelevanten sozialen Fragen: Höhere Löhne, Arbeit, die zum Leben passt, bezahlbare Mieten, mehr Fach- und Hausärzte, weniger Unterrichtsausfall durch mehr Lehrkräfte, genügend Kita-Plätze, ein besseres ÖPNV-Angebot.
- Unser Gebrauchswert entsteht durch Alltagsrelevanz: Wir machen den Alltag der Menschen besser.
- Wir kommunizieren positiv: Die Probleme, die wir haben, sind menschengemacht, sie sind die Folge von Politik. Also kann Politik die Probleme auch lösen. Wir zeigen auf: Es ist möglich. Die Situation ist veränderbar.
- Wir kommunizieren konstruktiv und kooperativ: Mit dem Neuen Demokratischen Aufbruch fordern wir einen grundsätzlich anderen Politikstil ein und leben ihn vor.
- Dabei bekennen wir uns offen zu unserer Identität, die uns deutlich von den anderen Parteien unterscheidet:
  - Wir sind Sozialist\*innen – damit haben wir als einzige Partei überhaupt noch eine positive Zukunftsvision, nämlich die einer Welt ohne Ausbeutung. Sozialistische Politik heißt aber auch ganz konkret: Wir übertragen das Prinzip der Solidarität auf alle Sphären von Gesellschaft und Wirtschaft.
  - Wir sind Antifaschist\*innen – mit uns wird es keinen Zentimeter in Richtung der AfD geben.
  - Wir sind eine Friedenspartei – woran es in der aktuellen Debatte mangelt, ist die Frage nach Perspektiven, wie wir irgendwann wieder zu Frieden kommen. Hier bringen wir uns ein.
- Sicherheit im Wandel und Sicherheit durch Wandel: Wir wollen den Menschen keine Illusionen machen. Veränderung ist notwendig – auch damit wir weiterhin so leben können wie wir es gewohnt sind. Gleichzeitig sagen wir aber: Veränderung geht nur mit sozialen Garantien – das ist unsere Rolle. Wir wenden uns gegen die Individualisierung gesellschaftlicher Probleme, siehe Heizungsgesetz, und sehen den Staat in der Pflicht sozialen Ausgleich zu realisieren. Soziale Sicherheit stärkt die Resilienz von Bürger\*innen und Gesellschaft und ist für die anstehenden Veränderungen dringend vonnöten. Verunsicherung hingegen spielt den Rechten in die Hände und verunmöglicht einen Wandel in Sicherheit. Die zu erwartenden Kürzungshaushalte lehnen wir auch deshalb ab. Wir setzen uns für den Aus- und Aufbau resilienter Strukturen ein, die dafür sorgen, dass die Menschen in Veränderungsprozessen nicht unter die Räder kommen. Den Menschen hingegen trauen wir zu, für ihr Leben selbst die besten Entscheidungen zu treffen.
- Rückbesinnung auf das, was die PDS und später DIE LINKE einmal stark gemacht hat: Vor Ort ansprechbar und in der Fläche erlebbar sein; Öffnung gegenüber gesellschaftlichen Gruppen, offene Listen, Fokus auf Bündnisarbeit. In der Preis-krise waren wir der einzige Landesverband, der ein überparteiliches Sozialbündnis auf die Beine stellen konnte. Daran wollen wir anknüpfen.
- Stärken nutzen: Die Menschen in Brandenburg trauen der LINKEN nicht nur hohe Fachkompetenz bei sozialen Themen zu, sie schätzen sie auch für ihr hohes soziales Engagement. Hier hat DIE LINKE Glaubwürdigkeit. Darauf wollen wir setzen.